



## Hinweise zur Datenverarbeitung

Die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (nachfolgend als „wir“ bezeichnet) möchte Sie mit dieser Datenschutzerklärung darüber informieren, welche Daten in welcher Form verarbeitet werden, wenn Sie einen Antrag für den „Aktionsfonds zur Unterstützung von Projekten gegen Antisemitismus“ stellen. Hiermit kommen wir zugleich unseren Informationspflichten gemäß Art 13. und Art 14. Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Ihnen gegenüber nach.

Unsere allgemeine Datenschutzerklärung finden Sie hier:

<https://www.berlin.de/sen/kultgz/impresum/artikel.707165.php>

### 1. Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

**Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

**Anschrift:** Brunnenstraße 188-190, 10119 Berlin

Ab dem 10. Juli: Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin

Der Datenschutzbeauftragte ist erreichbar unter:

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Datenschutzbeauftragter, Brunnenstraße 188-190, 10119 Berlin

[DSB@kultur.berlin.de](mailto:DSB@kultur.berlin.de)

### 2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Im Zusammenhang mit Ihrem Antrag im Rahmen des „Aktionsfonds zur Unterstützung von Projekten gegen Antisemitismus“ erheben wir die von Ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten:

- Anrede, Vorname, Name, Titel, Funktion, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als AntragstellerIn identifizieren zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Prüfung einer gesetzlichen Handlungspflicht;
- zur Anonymisierung für eine spätere statistischen Auswertung;
- um Ihre Anfrage bzw. den Antrag auf Förderung zu bearbeiten und darüber zu entscheiden; und
- zur Dokumentation des Verwaltungsvorgangs nach den Bestimmungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung I und des Archivgesetzes Berlin.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Antragstellung hin und soweit es für die genannten Zwecke erforderlich ist. Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO i.V.m. §§ 118, 44, 23 Landeshaushaltsordnung (LHO) iVm § 2 KultDatenG.

Ihre Daten werden intern von Beschäftigten der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und ggf. weiteren Senatsverwaltungen verarbeitet. Darüber hinaus wird eine Jury die Anträge bewerten. Die Mitglieder der Jury sind im Hinblick auf die ihnen im Rahmen des Bewertungsverfahrens bekannt werdenden personenbezogenen Daten zur Vertraulichkeit und Verschwiegenheit verpflichtet. Wir setzen zudem externe Dienstleister ein, soweit wir Leistungen nicht oder nicht sinnvoll selbst vornehmen können. Dies sind in diesem Fall insbesondere die Kulturprojekte Berlin GmbH, Klosterstr. 68, 10179 Berlin, welche uns bei der Bearbeitung der Anträge unterstützt und die Fundgarden GmbH, Knesebeckstraße 62/63, 10719 Berlin, welche das Antragsystem bereitstellt.

Die Titel und Summen der geförderten Projekte und Maßnahmen sowie die Namen der dazugehörigen Organisation werden der Öffentlichkeit über eine Pressemitteilung bekanntgegeben und eine entsprechende Eintragung auf der Transparenzdatenbank vorgenommen. Soweit es gem. der VERORDNUNG (EU) Nr. 651/2014 erforderlich ist, erfolgt zudem eine Übermittlung gewisser Daten an die Europäische Kommission und die zuständige Finanzbehörde.

### **3. Dauer der Speicherung**

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten nur solange gespeichert, wie sie zur Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten erforderlich sind, zu denen die Daten erhoben wurden. Danach sind die Daten unverzüglich zu löschen, es sei denn, die Daten werden noch bis zum Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist zu Beweis Zwecken für zivilrechtliche Ansprüche oder wegen gesetzlicher Aufbewahrungspflichten benötigt. Wegen gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, die sich aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung

(GGO I) ergeben, sind die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung von Unterlagen für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren zu beachten. Die Dokumentation dient der Sicherung der Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns. Stand und Entwicklung der Vorgangsbearbeitung müssen jederzeit im Rahmen der Aufbewahrungsfristen aus den Akten nachvollziehbar sein. Nach Ablauf der Frist sind die Akten dem Landesarchiv Berlin anzubieten. Das Landesarchiv kann sich gem. § 3 Abs. 2 des Berliner Archivgesetzes für die Übernahme aus wissenschaftlichen, historischen und kulturellen Gründen entscheiden.

#### **4. Datenübermittlung an ein Drittland**

Soweit nicht an anderer Stelle dieser Datenschutzerklärung ausdrücklich ausgewiesen, beabsichtigen wir nicht, Ihre personenbezogenen Daten in ein Drittland außerhalb der EU- oder EWR-Staaten zu übermitteln.

#### **5. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen und Ihren Antrag / Ihre Anfrage nicht weiter bearbeiten können;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten

nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei der Aufsichtsbehörde unter folgenden Kontaktdaten zu beschweren: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59 - 61 (Besuchereingang Alt-Moabit 60), 10555 Berlin. Telefon: 030/138 89-0. E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

## 6. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Datenschutzbeauftragten der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt auf.